

Niederschrift

Über die öffentliche Sitzung des Ortsbeirates am Dienstag, den 26.01.2016, 19:30 Uhr im Hotel Simonis.

Tagesordnung

1. **Mitteilungen**
2. **Radverkehrskonzept (RVK) Koblenz**
 - Bearbeitungsstand des RVK, bisherige Behandlung in Gremien, Öffentlichkeitsbeteiligung, nächste Schritte
 - Betrachtung und Erörterung der Radverkehrsbelange im Bereich Rübenach (auch Zuwegung aus Innenstadt, Metternich, Bubenheim, GVZ) und derzeitige Aussagen/Maßnahmenvorschläge im RVK
 - Stand der Überlegungen zur Anbindung des neuen Radweges auf der Bahntrasse Bassenheim; Erwartungen, Einschätzungen, Hinweise aus Sicht der Rübenacher Bevölkerung
 - Beratung und Beschlussfassung
3. **Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Erweiterung GVZ A 61/L52“**
Einleitungsbeschluss für die vorbereitenden Untersuchungen, Anhörung des Ortsbeirates
Beratung und Beschlussfassung
4. **Verschiedenes**

Im Anschluss: Einwohnerfragen

Anwesend unter dem Vorsitz des Ortsvorstehers Christian Franké sind die Mitglieder:

-CDU-Fraktion	-SPD-Fraktion	-Bündnis90/Grünen
Egon Back	Karl-Heinz Behr	Reinhard Alsbach
Thomas Roos	Sarah Lipinski-Wasilewski	
Helmut Schuch		
Martin Monjour		

Entschuldigt: Wolfgang Pelz, Monika Sauer, Klara Kameisis

Anwesende Stadtratsmitglieder: Marion Lipinski-Naumann, Fritz Naumann, Andreas Biebricher

Von der Verwaltung anwesend: Herr Gorius, Herr Hastenteufel und Herr Hammann.

Der OV eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
Er stellt fest, dass form und fristgerecht am 19.01.2016 per E-Mail eingeladen wurde. Die Niederschrift der letzten Sitzung ist dem OBR am 08.12.2015 per E-Mail zugegangen.
Der Ortsbeirat ist beschlussfähig.
Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift.
Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.
Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung.

Top 1 Mitteilungen

Der OV teilt mit, dass bezüglich des „Gehweges Anderbachstraße“ und der „Kanalisation Grabenstraße“, die Planungsgrundlagen und Ausschreibungen noch nicht so weit fortgeschritten seien. Deshalb mache auch eine Einwohnerversammlung noch keinen Sinn. Sobald die entsprechenden Informationen vorlägen, würde eine Einwohnerversammlung bzw. eine OBR-Sitzung anberaumt.
Am 12.03.2016 finde der nächste „Dreck weg Tag“ statt. Im letzten Jahr sei diese Aktion sehr erfolgreich gewesen, deshalb bittet er um eine erneute rege Teilnahme. Anmelden könne man sich bei der freiwilligen Feuerwehr Rübenach.

Top 2 Radverkehrskonzept Koblenz

Der OV begrüßt Herrn Gorius (Radverkehrsbeauftragter) und bittet ihn um seine Ausführungen.
Ziel sei es, so Herr Gorius, Koblenz zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen. Die Planungen dazu seien noch im Anfangsstadium. Geplant sei bis 2020 den Gesamtanteil der Fahrradwege von jetzt 8% auf 16% zu bringen, dagegen den Autoverkehr von derzeit 58% auf 50% zu verringern.
In Bezug aufs Fahrradfahren sei für Rübenach nicht viel im Internet zu finden. Es gebe keine Radverkehrsanlage im Ort und die Möglichkeit auf den Hauptstraßen zu fahren sei sehr schlecht, da zu viel Verkehr herrsche.
Vom Zentralplatz Koblenz aus, betrage die Entfernung bis Rübenach ca. 8 km bei etwa 90 Höhenmeter Unterschied.
Ein Defizit sei der kombinierte Geh- und Radweg am Bwzk. Dadurch entstehe ein problematisches Zusammentreffen von Fußgängern und Radfahrern.
Die Planung beinhalte eine Gesamtliste von Maßnahmen, darunter auch so genannte „priorisierte“.
Für Rübenach gebe es folgende Vorschläge und Empfehlungen:
Die Möglichkeit auf der L 52 von Polch kommend eine Lücke von ca. 100 m zu schließen.
Einen Anschluss des Radweges von Bassenheim kommend auf der ehemaligen Bahntrasse und eventuell in der Rosenbornstraße einen Lückenschluss über das Gelände der Firma Kolle.
Rund um Rübenach, so führt Herr Gorius weiter aus, könnten die meisten Wirtschaftswege genutzt werden, die allerdings teilweise Lückenschlüsse oder anders geartete Anschlüsse benötigten.
Herr Gorius stellt zwei Vorschlagsrouten vor, die dann so in Rübenach möglich wären.
Ebenfalls informiert er, dass ein „Koblenzer Fahrradstadtplan“ erworben werden könne. Auch die Internetseite des Landesamtes für Mobilität böte Informationen zu diesem Thema an.

Der OV bedankt sich bei Herrn Gorius für die Darstellung der Möglichkeiten, sieht in deren Umsetzung aber noch Schwierigkeiten. Gewisse Straßenführungen seien durch laufende Planungen noch nicht ganz geklärt.

Es bestehe also vor einem Beschluss noch viel Beratungsbedarf.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) wundert sich über die Erwähnung der Bahntrasse. Die sei doch außen vor.

Für Rübenach wäre es zudem viel wichtiger mit dem Rad nach Koblenz zu kommen. Die Richtungsplanung nach Bubenheim sei eine gute Idee. Die Hauptstraßen in Rübenach seien viel zu eng, dass dort noch Rad fahren möglich wäre und was die Rosenbornstraße angehe, müsse dort erst einmal ein Wegerecht erlangt werden.

Thomas Roos (CDU) findet alle Möglichkeiten vorstellbar, wenn Infrastruktur und Finanzen es zuließen. Der Schwerpunkt sollte aber auf der Richtung zur Innenstadt liegen.

Fritz Naumann (SPD) wirft ein, dass der Haupt- u. Finanzausschuss sich stark für die Variante Rübenach – Bassenheim positioniere.

Helmut Schuch (CDU) findet die Vorschläge alle interessant, allerdings gebe es doch kein Geld im städtischen Haushalt.

Vor ca. 15 Jahren habe es schon einen Beschluss zur Errichtung eines Fahr- und Wanderweges von der A 61 durch Rübenach bis nach Kesselheim gegeben. Bisher sei in dieser Richtung nichts passiert. Nur mit Reden und Planen komme man nicht weiter. Zudem gäbe es in Rübenach seit Jahren andere Defizite. Die sollten erst einmal angegangen werden.

Herr Hastenteufel bezieht sich auf Nachfrage noch einmal auf die Bahntrasse. Es sei nicht nötig diese zum Radweg auszubauen. Es könne auch ein nebenläufiger Weg sein. Allerdings sollten alle Alternativen hier aufgezeigt werden.

Sarah Lipinski-Wasilewski (SPD) betont noch einmal die Wichtigkeit einer Radanbindung in Richtung Innenstadt.

Herr Gorius erklärt, dass die Planungen die ganze Stadt betreffen. Es würden die Anschlussmöglichkeiten in Richtung Rhein und Mosel betrachtet. Heute Abend habe man nur die Sicht auf Rübenach gerichtet.

Eine erste Lösung, so Marion Lipinski-Naumann (SPD), wäre schon die Anbindung des Münsterweges an das bestehende Radwegenetz in Metternich.

Reinhold Alsbach (Bündnis90/Grüne) möchte wissen, falls die Aachenerstraße Tempo 30 Zone wäre, ob Radfahren dort möglich sei.

Auf einer 30er Straße könne jeglicher Verkehr geführt werden. Das sei ein bewehrtes Instrument, antwortet Herr Gorius.

Der OV dankt Herrn Gorius und bittet um die Weitergabe der Präsentation und des Gesamtkataloges. Die einzelnen Fraktionen könnten sich dann mit der Thematik befassen und beraten.

Er weist noch auf die Möglichkeit hin, eigene Ideen in die Planung mit einzubringen:
Am 12.04.2016, 16:30 Uhr, Saal 220, Rathaus II.
Die Dokumentation sei auf der Internetseite der Stadt Koblenz abrufbar.

TOP 3 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Erweiterung GVZ A61/L52)

Wegen Befangenheit verlässt OBR-Mitglied Thomas Roos seinen Platz und nimmt im Zuschauerraum platz.

Der OV begrüßt Herrn Hastenteufel und Herrn Hammann und übergibt ihnen das Wort.

Herr Hastenteufel erklärt, dass immense Nachfrage und Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen bestehe.

Der OV fragt nach etwaigen Ergebnissen, da hierzu doch bereits Sitzungen stattgefunden hätten.

Da es keine öffentlichen Sitzungen gewesen wären, so Herr Hastenteufel, könne er keine Angaben machen. Es sei aber die Empfehlung ausgesprochen worden, die Sache zu beschließen.

Es ginge hier zuerst einmal um eine einleitende Untersuchung zur grundsätzlichen Eignung der Flächen. Danach erst um die Schaffung von Gewerbeflächen, aber unter den Gesichtspunkten von Umwelt, Verkehr und weiteren Aspekten. Auch würden die landwirtschaftlichen Belange nicht außer Acht gelassen.

Es ginge konkret um zwei Flächen, welche als Untersuchungsraum vorgesehen seien:

1. ca. 133 ha
2. ca. 260 ha.

Um eine Aussage treffen zu können müssten dort alle Belange untersucht werden. Erst dann wisse man, ob eine Erweiterung überhaupt möglich sei oder nicht.

Auch die evtl. Möglichkeit einer Ortsumgehung werde nicht vergessen.

Herr Hammann betont noch einmal den enormen Flächenbedarf die Industrie, Gewerbe und Logistik habe. Was die Logistik betreffe, befände sich Koblenz unter den Top 20 aller Standorte.

Die Fa. Canyon z.B. montiere täglich 500 Räder bei 700 Arbeitsplätzen. Diese Firma wolle sich vergrößern. Der Standort sei sehr begehrt.

Die Ansiedlungspolitik verfolge den Duktus: Arbeitsplätze und Gewerbesteuern.

Produzierende Betriebe, führt Herr Hammann weiter aus, seien Top 1 der Wirtschaftskraft.

Deshalb sei es wichtig Koblenzer Firmen Flächen zur Verfügung zu stellen, damit sie nicht abwandern, z.B. nach Mülheim-Kärlich.

Die letzte verfügbare Fläche habe im Gebiet des Dienstleistungszentrum Bubenheim gelegen.

Auch im Bereich des Zweckverbandes A 61 (Standort Amazon) werde die Fläche knapp.

Erst einmal gehe es auch nur um eine Erkundung und noch keine konkrete Nutzung.

Allerdings wäre es für Koblenz eine große Chance, produzierendes Gewerbe ansiedeln zu können.

Es gehe auch, so Herr Hastenteufel, um eine Ermächtigung an die Verwaltung für Gutachten und Informationsermittlung. In den nächsten Monaten folge eine intensive Diskussion mit den Betroffenen und natürlich auch mit dem OBR.

Für den OV stehen drei wichtige Themen über allen anderen im Raum:

1. Landwirtschaftliche Belange und davon abhängige Existenzen
2. Vorstellung der aktualisiert untersuchten Flächen
3. Brennendes Thema – Verkehr

Weitere Themen, wie Flächenausgleiche, Ersatzmaßnahmen, Natur- und Artenschutz, Klima etc. in nicht geringerem Maße.

Das alles, so der OV, habe einen umfassenden Beratungsbedarf.

Herr Hammann wirft ein, dass geschaut werden müsse, in wie weit die Landwirtschaft optimiert werden könne, oder ob der ein oder andere Landwirt aufhören wolle. Zurzeit könne die Stadt nur etwa 1 ha an Gewerbefläche anbieten.

Der OBR fragt nach den Bebauungsplänen 257d und 257f.

Der BBP 257d, so Herr Hammann, sei überhaupt noch nicht entwickelt, da die Lage topographisch sehr schwierig sei.

Auch der BBP 257f sei noch nicht umgesetzt, da hier die Umsetzung der Ausgleichsflächen wegen umweltpolitischer Belange schwierig sei.

Es ginge jetzt um die Frage: Kann Koblenz sich noch entwickeln und wo?

Helmut Schuch (CDU) bemängelt für diesen Fall die Art der Sitzungspolitik. So kurzfristig könne kein Beschluss gefasst werden.

Andreas Biebricher (CDU) erklärt, dass die CDU Stadtratsfraktion sich am 25.01.2016 zum ersten Mal damit beschäftigt habe. Es hätten sich viele Diskussionspunkte ergeben und viele Fragen wären offen geblieben.

Die Nähe zur Wohnbebauung sei nicht gewünscht und es wäre nicht verwunderlich, dass ein solch großes Untersuchungsgebiet Ängste in der Bevölkerung wecke.

Evtl. sollte eine Obergrenze für die Verwendung festgelegt werden.

Durch die veränderte Sitzungsfolge könne die Meinung des OBR nicht in die Entscheidung der Stadtratsfraktionen mit einfließen.

Die CDU-Fraktion werde bei der Ratssitzung daher voraussichtlich Beratungsbedarf anmelden.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) bestätigt die gleichen Bedenken für die SPD-Fraktion. Man verstehe nicht, warum alles so schnell gehen müsse und anscheinend keine Zeit für ausführlichere Beratungen vorgesehen sei. Diese seien bei einer so gravierenden Frage jedoch maßgeblich für eine Entscheidung.

Der OBR äußert ebenfalls die Meinung, dass kein Beschluss gefasst werden könne.

Die Fläche sei gewaltig überzogen, so Helmut Schuch (CDU), und sollte um 1/3 reduziert werden. Rübenach sei von Autobahnen umschlossen und von Industriefläche. Bald reiche diese bis ans Wohngebiet.

Arbeitsplätze seien wichtig, aber der Verlust von Ackerfläche sei immens. Wo bliebe die grüne Erholungsfläche, von der Verkehrssituation gar nicht zu reden. Zudem gebe es noch etliche andere Flächen die erschlossen werden könnten und hier überhaupt nicht angedacht seien.

Helmut Schuch (CDU) richtet einen eindringlichen Appell an alle Fraktionen eine verträgliche Lösung für Rübenach zu finden.

Reinhold Alsbach (Bündnis90/Grünen) sieht in der Tatsache, dass die Bodenpreise eingefroren werden sollen einen unsozialen Effekt, da der Boden in der Regel mehr wert sei. Es sehe so aus, dass Rübenach wieder einmal Fläche für Koblenz bereitstellen soll. Im Zuge der Errichtung des GVZ in den 90er Jahren sollte die Anderbachstraße zurückgebaut werden. Dies sei aber bislang nicht geschehen.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) kann durch die topographische Kompliziertheit des Geländes nur einen riesigen Kostenfaktor erkennen.

Topographisch spannend, so Herr Hastenteufel, werde es zur Bahntrasse hin. Aber das werde alles Gegenstand der Untersuchungen sein. Natürlich könne das Gremium auch eine Obergrenze setzen.

Die interessierten Firmen suchten natürlich die Nähe zur Verkehrsanbindung, deshalb sollte der Radius nicht zu groß sein.

Er betont noch einmal, dass das Untersuchungsgebiet nicht gleich einem als gewerbliche Fläche festgelegten Bereich sei.

Was festgelegt werde durchlaufe zudem ein ordnungsgemäßes Bebauungsplanverfahren.

Egon Back (CDU) fragt, welche Firmen Interesse hätten.

Es gebe mehrere Nachfragen. Er könne sie aber im Rahmen einer öffentlichen Sitzung nicht benennen, so Herr Hastenteufel.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) möchte wissen, ob das Thema Umgehung und Anderbachstraße mit berücksichtigt worden sei.

Herr Hastenteufel erwidert, dass es Sinn mache auch in die Ortslage zu blicken.

Herr Hammann erklärt noch, dass das Flächenbedarfskonzept nicht in Rübenach ende sondern für ganz Koblenz gelte.

Andreas Biebricher (CDU) wirft ein, das eine Lösung für die Umgehung bereits da sei und genutzt werden könne. Endlich habe man die Querspanne (K66) zwischen der L 98 und der L 52, doch der Kreis genehmige diese Regelung nicht. Das Land wolle wegen der Kosten mehr abgeben als dazubekommen. Hier müsse es zu einem interkommunalen Vertrag kommen, dass die Stadt Koblenz für die Unterhaltungskosten der Straße aufkomme.

Bei einer Vergrößerung des Gewerbegebietes und der Zunahme des Verkehrs wäre das eine Lösung.

Leider, so Marion Lipinski-Naumann (SPD), stünden bei der Lösung auch noch Forderungen von Bassenheim im Wege. Bassenheim wolle eine Anbindung an die A 48.

Helmut Schuch (CDU) schlägt noch die Fläche nördlich der A48 vor. Dort würde Rübenach nicht so stark belastet. Man könne sich doch auch mit Mülheim-Kärlich zusammen tun.

Martin Monjour sieht in der großen Grenzziehung des Untersuchungsgebietes eine ebenso große Gefahr, dass das Gewerbegebiet nahe an die Wohnbebauung komme.

Die Grenze sei deshalb so groß gezogen, so Herr Hastenteufel, dass genug Pufferzone übrig bliebe.

Der Anlass sei eine gewerbliche Entwicklung, aber nicht aufbiegen und brechen.

Der OV unterbricht die Sitzung um den Zuschauern Gelegenheit zur Frage zu geben.

Herr Dr. Steinkamp befürchtet, dass hier mit Salami taktik vorgegangen werde. Jetzt erzähle die Stadt noch es werde nicht so groß bebaut und nachher wäre die bebaute Fläche riesengroß. Wenn man nicht so nah an die Bebauung heran wolle, müsse auch nicht so groß untersucht werden. Was das Thema Umgehung angehe: Bei dem Problem könne man sich auf gar nichts mehr verlassen.

Herr Neitzel verweist auf die Gemeindeordnung. Laut dieser hätte das Thema in einer Einwohnerversammlung behandelt werden müssen. Am heutigen Abend wären nur ca. 50 Personen anwesend, der Rest von Rübenach wäre nicht informiert. Er werde eine solche Versammlung bei der Stadt einfordern.

Herr Hastenteufel erklärt, dass laut Baugesetzbuch eine mehrmalige Information verlangt werde. Mit der heutigen OBR-Sitzung, so Herr Hastenteufel, wäre eine allererste Information gegeben. Weitere erfolgten dann bei den weiteren Planungsschritten sowie der Beteiligung bei etwaigen Bebauungsplanverfahren.

Frau Israel möchte wissen, ob in Koblenz noch Flächen zur Ausweisung von Gewerbe untersucht würden.

Nein, erwidert Herr Hastenteufel. Die Stadt habe nur das Gebiet an der A61 und A 48 im Blick.

Herr Dr. Zerwas empfiehlt, die Anregungen von Herrn Biebricher aufzunehmen. Es laufe doch immer gleich ab. Es werde geplant und die nachfolgenden Verkehrsprobleme würden angesprochen. Es werde gebaut und die Verkehrsprobleme blieben. Da tue sich nichts.

Warum könne nicht anders herum geplant werden. Erst einmal den Verkehr umleiten und dann bauen.

Außerdem könne es doch nicht angehen, dass der Landrat gegen eine mögliche Lösung sei.

Es gehe nicht nur um den Landrat, so Herr Hastenteufel, sondern auch um die Verbandsgemeinden. Das sei alles etwas komplizierter. Aber er wolle das Anliegen gerne mitnehmen.

Die OBR-Sitzung wird vom OV wiedereröffnet.

Thomas Roos nimmt seinen Platz wieder ein.

Bei diesem TOP, so der OV, bestehe noch ein umfassender Beratungsbedarf, so dass kein Beschluss gefasst werden könne.

Er bedankt sich bei Herrn Hastenteufel und Herrn Hammann für ihre Ausführungen.

TOP 4 Verschiedenes

Der OBR gratuliert Sarah Lipinski-Wasilewski zur Geburt ihres Kindes und zur Hochzeit. Es wird ein Blumenstrauß überreicht.

Thomas Roos (CDU) beklagt die Müllanhäufung neben den Papiercontainern. Ebenso sei der Verkehrsspiegel an der Sendnicherstraße Ecke Gedächtnisstraße falsch aufgestellt. Von dieser Stelle aus könne nicht in den Verkehr eingesehen werden.

Der OV hat das Problem der Containerplätze bereits der Stadt gemeldet. Leider stellten etliche Leute einfach ihren Müll dort ab. Was den Spiegel betreffe, der sei umgestellt worden, weil regelmäßig Busse dagegen gefahren seien. Er werde aber in der Sache nachhören.

Helmut Schuch (CDU) spricht die Haltestellenüberdachung an. An der Haltestelle bei „Edeka Görzen“ stünden die Leute im Regen und am Bwzk gäbe es eine unbenutzte Überdachung. Könne die nicht in Metternich angebracht werden?

Leider, so der OV, sei es billiger eine neue zu bauen als eine alte abzubauen.

Mariona Lipinski-Naumann (SPD) regt an, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten OBR Sitzung als nicht-öffentlicher Punkt zu setzen und sich von der Verwaltung auch die dazugehörigen Vertragsbedingungen und Vorschriften erläutern zu lassen.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) regt darüber hinaus an, bei der Verwaltung wegen der „Geschwindigkeitshemmenden Maßnahmen Aachenerstraße“ nachzufragen. Diese sei als aus laufenden Mitteln finanzierbar zugesagt worden.

Andreas Biebricher (CDU) weist darauf hin, dass der Brunnenplatz an der Turnhalle mittlerweile nicht mehr mit Blumen bepflanzt sei.

Die Blumenbeete, so der OV, wären leider als Hundeklo missbraucht worden. Er wolle aber wegen einer erneuten Bepflanzung nachfragen.

Ende der OBR-Sitzung 21:45 Uhr

Es folgen keine weiteren Einwohnerfragen.

Christian Franké

Anne Reif

Ortsvorsteher

Protokoll